

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Beteiligung Amerikas.

Washington, 12. Dezember. (U.) Der Sprecher des Weißen Hauses hat gestern nachmittags auswärtigen Journalisten gegenüber verschiedene Angaben über die nunmehr endgültig beschlossene Beteiligung Amerikas an der internationalen Untersuchung des deutschen Finanzwesens gemacht. Der Sprecher verwies auf den bestehenden Umstand, daß der Vorschlag zur Beteiligung Amerikas an den Arbeiten der Sachverständigenkommission von dem französischen Delegierten Barthou ausgegangen ist. Dem Umstand, daß die Einladung an Amerika auch von Deutschland gulgesehen wurde, mißt man in amerikanischen Kreisen besondere Bedeutung zu, da bekanntlich die Einmütigkeit der europäischen Mächte nach früheren Mitteilungen des Staatsdepartements eine Voraussetzung für die Teilnahme Amerikas an den europäischen Arbeiten gebildet hat. Dem „Newport Herald“ zufolge hat die Erklärung des Präsidenten Coolidge, die auf die Beteiligung Amerikas an den beiden Ausschüssen Bezug nimmt, folgenden Wortlaut:

„Die Regierung erachtet, daß das Sachverständigenprojekt eine hervorragende Bedeutung besitzt. Da die Vereinigten Staaten zu den Gründungsmitgliedern Deutschlands zählen und da sie im allgemeinen an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas interessiert sind, wüßten sich die Vereinigten Staaten zu dem europäischen Projekt Amerikas an den Arbeiten der beiden Kommissionen.“

Wie der „Newport Herald“ meldet, wird ein und derselbe Sachverständige an den beiden Ausschüssen teilnehmen. Von offizieller Seite verlautet, daß General Raves, der während des Krieges Intendant der amerikanischen Streitkräfte in Frankreich war, als Sachverständiger Amerikas für die beiden Ausschüsse in Frage komme.

London, 12. Dezember. (WIB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Der Beschluß des Präsidenten Coolidge, die Mitwirkung inoffizieller amerikanischer Finanzsachverständiger bei der geplanten neuen Reparationsuntersuchung zu billigen, werde in London warm begrüßt. Es würde ohne eine derartige Mitwirkung möglicherweise überhaupt zu keiner Untersuchung gekommen sein.

Paris, 12. Dezember. (WIB.) Die Meldung über die Entsendung privater Sachverständiger Amerikas zur Reparationskommission wird vom „Matin“ als eine Nachricht bezeichnet, die man mit großer Befriedigung aufnehmen. Die Arbeit der Sachverständigen werde zwar die Länder, denen sie angehören, nicht verpflichten, aber sie werde einen technischen und einen wirtschaftlichen moralischen Wert haben. Unter diesen Umständen sei die Beteiligung der Vertreter der Vereinigten Staaten von besonderem Wert, was von Frankreich anerkannt werde.

### Appell an den Völkerbund.

Die Gewerkschafts-Internationale für das deutsche Volk

Zu dem gestern gemeldeten Schritt des Internationalen Gewerkschaftsbundes zugunsten Deutschlands liegt jetzt der Wortlaut der Eingabe des IGB. beim Völkerbundrat in Genf vor. Es heißt in dieser Eingabe u. a.:

„Wir wissen, daß die in Deutschland herrschenden Zustände den Völkerbundrat vor mannigfache Schwierigkeiten stellen, wie uns auch bekannt ist, daß der Völkerbund mit Rücksicht auf die ganze europäische Konstellation hinsichtlich der von verschiedenen Staaten gegenüber Deutschland durchgeführten Politik nur schwer intervenieren kann.“

Ebenso ist uns bekannt, daß der Völkerbund, wenn er seine Machtposition stärken will, um in Zukunft seinen Einfluß zugunsten der Völker und eines friedlichen Zusammenlebens der Nationen geltend zu machen, sich in vielfacher Beziehung Reserven aufzubringen muß. Wenn sich der Völkerbund jedoch in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen mit Fragen wie der Sanierung Österreichs und Ungarns und ähnlichen Fragen von verhältnismäßig geringerer Bedeutung beschäftigen würde, ohne der deutschen Katastrophe

seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, so würde er unzweifelhaft ein Problem vor sich stellen, dessen Auswirkungen die Existenz ganzer Völker des europäischen Festlandes bedroht und die Krise der britischen Arbeitslosigkeit verschärfen muß.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Sanierung einiger Staaten nur eine geringe Wirkung haben kann, solange im Zentrum Europas ein Volk von 60 000 000 Menschen vom Untergang bedroht ist.

Es soll hier in keiner Weise den Ursachen nachgegangen werden, die diese Zustände herbeigeführt haben, sondern wie wir bei dieser Gelegenheit vom Völkerbundrat verlangen, auf eine Prüfung dieser Ursachen einzugehen.

Was wir wünschen, ist einzig und allein, die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates darauf zu lenken, daß zur Zeit als Österreich und Rußland von einer Hungerkatastrophe betroffen wurden, unverzüglich Aktionen einleitet wurden, um der drohenden und frierenden Bevölkerung dieser Länder durch Spenden an Nahrung und Kleidung zu Hilfe zu kommen. Wir gestatten uns in diesem Zusammenhang auf die großzügige Hilfsaktion des „American Relief Committee“ und auf die britische Hilfsleistung sowie auf das Hilfswort verschiedener anderer Länder hinzuweisen, die gleichfalls zur Linderung des Elends beigetragen haben.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes war daher der Meinung, daß der Völkerbundrat ohne irgendwelche auf eine Beurteilung der Ursachen einzugehen, die zu dem heutigen Zustand geführt haben, vielleicht die Initiative ergreifen könnte, um eine

allgemeine Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Bevölkerung Deutschlands in die Wege zu leiten. Wir sind auch überzeugt, daß, wenn der

Völkerbundrat in diesem Sinne einen Aufruf beschließt, der sich nicht allein an die Mitgliedstaaten des Völkerbundes, sondern auch an jene Nationen wendet, die zu unserem Bedauern noch nicht dem Völkerbund beigetreten sind, auch die letzteren diesem Aufruf Folge leisten und an dem Hilfswort nach Kräften teilnehmen werden.

Aus allen diesen Gründen wenden wir uns an den Völkerbundrat mit dem Ersuchen, mit unthätiger Beschleunigung Maßnahmen in Erwägung ziehen zu wollen, die ermöglichen könnten, das deutsche Volk vor dem völligen materiellen Zusammenbruch zu bewahren, das Fortschreiten der Demoralisation weiterer Volksschichten zu verhindern und die heranwachsende Generation, die bei einem Umbauen des katastrophalen Zustandes auf Jahrzehnte hinaus dem physischen Verfall preisgegeben wäre, zu stärken und damit die Gefahr einer Verschärfung der Krise der Weltproduktion zu verhindern.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes spricht im Namen fast aller organisierten Arbeiter Europas und eines großen Teiles der organisierten Arbeiter der anderen Weltteile die Hoffnung und Erwartung aus, daß der Völkerbundrat binnen kurzem eingreifen und dem notleidenden deutschen Volk Hilfe bringen wird.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.  
J. K. A. Dubogest, Sekretär.

### Kampfprogramm der polnischen Sozialisten.

Warschau, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Zentra- und Exekutiv-Komitee der parlamentarischen Gruppe der Polnischen Sozialistischen Partei haben eine gemeinsame Resolution angenommen, in welcher die Verhinderung des Kampfes gegen die eingelegte Regierung bis zu ihrem Sturz und ihre Ersetzung durch ein auf die Arbeitermassen gestütztes Kabinett gebietet wird. Des innerpolitische Programm der P.P.S. umfaßt die Verteidigung der Demokratie, des Parlamentarismus und der Arbeiterrechte, sowie die Durchführung von Gesetzen über den Teuerungslinder, die Verbesserung der Arbeitslosen und den Schutz des Unternehmenseigens gegen terroristische Eingriffe.

### Baldwin bleibt im Amt.

London, 12. Dezember. (WIB.) Baldwin hatte gestern Abend mit Asquith und Ramsay MacDonald Besprechungen. Der Premierminister machte den beiden Parteiführern von seinem Entschluß Mitteilung, bis zum Zusammentritt des Parlaments im Amt zu bleiben.

London, 12. Dezember. (Co.) Das Kabinett wird sich voraussichtlich vor dem neuen Unterhause in derselben Zusammensetzung vorstellen, wie bisher. Auch diejenigen Minister, die nicht wiedergewählt worden sind, werden bis auf weiteres im Kabinettsrat verbleiben. — Die liberale Partei soll vorläufig in ihrer Gesamtheit dem Gedanken an eine Koalition noch abgeneigt sein. Es sind jedoch gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zu bemerken über die Haltung, die sie gegenüber der konservativen und der Arbeiterpartei einnehmen soll. Die Gruppen Asquith, Lord Grey und John Simon sind durchaus abgeneigt, der Arbeiterpartei die Möglichkeit zu geben, ein lebensfähiges Kabinett zu bilden. Infolgedessen ist die Möglichkeit vorhanden, daß sie der konservativen Partei gegenüber eine gewisse Neutralität wahren werden, wenn diese ihrerseits Zugeständnisse macht.

### Börsenstimmungen.

Dollar amtl. 4,2 Billionen.

Heute machten sich an der Börse zum ersten Male seit längerer Zeit geringe Ansätze einer Erholung bemerkbar. Ein Teil der Spekulation schritt nach schwacher Eröffnung des Geschäftes auf verschiedenen Märkten zu Rückkäufen. Allerdings ist man in Bankkreisen der Meinung, daß es verfrüht sei, hieraus schon Schlüsse auf die weitere Entwicklung des Geschäftes in der nächsten Zeit zu ziehen. Insbesondere wirkt vorläufig das heranrückende Weihnachtsest mit seiner achtstägigen Unterbrechung des Börsenverkehrs sowie die immer wieder auftauchende Besorgnis von einer bevorstehenden Registrierung des Aktienbesitzes einer freieren Regelung der Unternehmungskosten entgegen. Auch die Ungewissheit über die weiteren Steuerpläne der Reichsregierung trägt wesentlich zur Einschränkung der geschäftlichen Tätigkeit an der Börse bei. Man glaubt, daß vor Anfang Januar die Situation sich klären wird, insbesondere rechnet man bis dahin mit einer Fortdauer des stillen Geschäftes.

Die aus dem Auslande vorliegenden besseren Marktkurse, die ungefähr einer Parität des Dollars von 4 Billionen und des englischen Pfundes von 18 Billionen entsprechen, haben verschiedentlich in der Öffentlichkeit die Auffassung herbeigeführt, daß man mit einer baldigen Herabsetzung der amtlichen Devisennotierungen rechnen müsse. Dazu wird jedoch von den in Betracht kommenden Stellen erklärt, daß eine solche Maßnahme im Augenblicke nicht in Frage kommt, zumal ja auch bei den jetzigen amtlichen Kursen nur ein ganz kleiner Teil der Nachfrage zugeleitet wird. Außerdem sind die Differenzen zwischen den Berliner Notierungen und den ausländischen Paritäten zu gering, als daß sie ein Abweichen von den jetzigen Kursen rechtfertigen würden, die sich in der Geschäftswelt wegen der festen Relation — eine Goldmark gleich 1 Billion Papiermark — sehr gut eingebürgert haben. Man verweist ferner darauf, daß eine Herabsetzung der Devisenkurse das Vertrauen des Publikums in die Wertbeständigkeit der Rentenmark erschüttern könne, da welche Kreise nun einmal daran gewöhnt seien, die Rentenmark nach ihrem Verhältnis zur Papiermark zu beurteilen.

### Der Weg zur Gesundung.

Man wird nicht leugnen wollen, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel wenigstens nach einer Richtung der deutschen Wirtschaft Entlastung gebracht hat: Die Zeit der willkürlichen, unerhörten Preissteigerungen ist vorüber. Der Preisabbau, der auf diesen Gebieten eingeleitet hat, konnte freilich nur einem Teil der Bevölkerung wesentlichen Nutzen bringen, dem nämlich, der von der verheerenden Absatzkrise nicht als Produzent selbst betroffen wurde. Eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten, die Produzenten gegen Entlohnung sind, über Produktionsmittel und Preise aber nicht verfügen dürfen, ist seit langem seines verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes auf Arbeit beraubt. Der gekürzte Arbeitsverdienst über die Erwerbslosenunterstützung bietet ihnen kaum die Möglichkeit karglichster Existenz; jedenfalls erlauben sie ihnen nicht, auch nur ausreichend für Nahrung zu sorgen, um ungeschwächt wieder an die Arbeit gehen zu können, wenn sich die Lage bessern sollte. So schmachtet die Mehrheit des deutschen Volkes in graulichem Elend.

Könnte es so kommen? — Zehn Jahre lang waren Krieg und Inflationswirtschaft nicht nur eine Quelle der Bereicherung derer, die etwas hatten, sie waren auch der unmittelbare Anlaß zu einer Lotterwirtschaft in Produktion und Handel, wie man sie bis vor kurzem nur in Rußland für möglich gehalten hatte. Müheloser Profit entlohnte die Unternehmer der Notwendigkeit, die Produktion absetzsfähig für den inneren Markt zu machen und auszubauen. Eine künstlich vorge-tauschte Warenknappheit half die Preise immer höher treiben, die Reallohne immer mehr tiefer senken. Nicht danach fragte man, ob es auch in Deutschland möglich sei, was dem Amerikaner Henry Ford gelungen ist, nämlich bei achtstündiger Arbeitszeit so billig zu produzieren und so gute Löhne zu zahlen, daß jeder Arbeiter sich mit der Zeit ein Auto kaufen konnte — nein, man hatte Wichtigeres zu tun, man hatte über die Errungenschaften der Revolution zu räumen, den Staat und das Volk auszuhungern, man hatte nach machtpolitischen Positionen im In- und Ausland zu streben, während das Volk immer tiefer ins Elend sank. Und man würde das anmutige Spiel noch heute fortsetzen, wenn nicht nach einem Wort des Wirtschaftsministers Hamann die Inflation sich selbst aufgefressen hätte und die Spekulation auf die Dummheit, die sich mit der Papiermark in der Hand enteignen ließen, durch die Zurückweisung dieses Zahlungsmittels unmöglich geworden wäre.

So weit hat es die Regierungskunst der bürgerlichen Parteien — denn deren Vertreter hatten in allen Koalitionsregierungen die Mehrheit oder bildeten sie sogar allein — gebracht. Vergeblich waren Warnungen, Mahnungen, Proteste und Vorschläge der Sozialdemokratie, man solle doch rechtzeitig eingreifen. Man wollte den Inflationsbolschewismus, mindestens dulde man ihn gern, solange die Financiers der bürgerlichen Parteien daran verdienen, und man sagte ihm erst ab, als das Volk durch ihn zu zerfallen drohte.

Zur Gesundung fehlt noch viel. Die wesentlichen Voraussetzungen für die Sanierung der Staatsfinanzen sind noch nicht geschaffen. Anstatt diejenigen Steuerquellen zu erschließen, die solange völlig ungenutzt geblieben sind, denkt man an gewaltige Belastungen des Verbrauchers. Die Arbeiter und Verbraucher, von denen eine große Zahl nicht weiß, wie sie überhaupt leben sollen, sind in der Tat das geeignete Objekt einer bequemen Steuerpolitik. Man scheut sich nicht einmal vor dem Gedanken, bei diesem Anlaß zunächst doch die Hausbesitzer zu sanieren und nach der Einführung der Goldmünzen noch eine besondere Wohnsteuer zu erheben. Aber wenn man schon die Arbeitskraft und den Verbrauch von Trägern der Hauptsteuerlast machen will, so sollte man sich doch fragen, wie man die Masse überhaupt tragfähig für derartige Steuerlasten macht. Im Reichsfinanzministerium scheint man, wenn auch nicht das Pulver, so doch wenigstens ein Rezept erfunden zu haben. Man gibt den Beamten der Klassen I—VI nur ein Drittel bis die Hälfte dessen, was sie nach der amtlichen Teuerungstabelle zum Leben unbedingt brauchen. Erst die Endgehälter der Klasse VII bringen etwa soviel, wie der Teuerung entspräche. Man rechnet offenbar folgendermaßen weiter: Die Beamtengehälter, deren Niedrighaltung durch die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums auf anderen Gebieten begünstigt wird, sowie der Beamtenabbau werden eine Senkung des allgemeinen Lohnniveaus fördern. Dadurch wird die Nachfrage nach Waren vermindert, die Preise müssen fallen, die Kaufkraft des sinkenden Lohnes wird also steigen. Wie eine solche Politik vereinbar ist mit der einseitigen Abwälzung der Steuerlasten auf die Arbeitnehmer, das ist allerdings das Geheimnis der Steuermacher, die seit Jahren um eine wirkliche Besitzbelastung herumgehen wie die Käse um den heißen Brei.

Die Anfangserfolge der Währungsreform scheinen eben den verantwortlichen Leitern der Finanzen auf die Nerven gefallen zu sein. Was will es heißen, wenn wirklich sich in einzelnen Gewerben die Nachfrage vor Weihnachten belebt? Die Mobilisierung der Ernte, das Herauslösen der Warenvorräte, die jetzt überall zu sehen sind, waren gewiß erfreuliche Zeichen. Ob sie mehr als Zeichen sind, muß die Zukunft lehren. Fest steht aber, daß bei einer auf gleichzeitige Schwächung des Verbrauches durch niedrige Löhne und durch seine Schrumpfung mit Hilfe der Steuern von einer Gesundung der Produktion nicht die Rede sein kann. Wenn Wirtschafts- und Steuerpolitik nicht darauf gerichtet sind, unter allen Umständen die Goldreserven der Indu-

rie zu verflüssigen und der Deutschen Volkswirtschaft zugute zu bringen sowie eine wirtschaftlichere, technisch hochstehende Produktion zu fördern, dann wird das Währungsmerk auf halbem Wege stecken bleiben müssen.

Die Gegner werden behaupten, daß man ja gerade das wolle, was auch wir verlangen, nur auf anderer Weise. Nun, wenn man es sich leisten kann, die Industrie mit einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit erneut in den Schlaf zu lullen, aufstaut sie zur Durchführung ihrer Produktionsaufgaben, zur wirtschaftlichen Betriebsführung und zur Umstellung der Werke auf die veränderte Marktlage zu zwingen, dann hat eben für gewisse Leute, die nie gekümmert haben, das deutsche Volk noch nicht genug gelitten. Wenn man Währungspolitik treibt, indem man zunächst einmal — keinen Reichsbankpräsidenten ernannt und die Ausgabe der Goldnote so immer mehr verzögert, wenn man nicht die Reorganisation des Kreditverkehrs, der durch die Spekulationswirtschaft der Banken nicht weniger wie durch die natürlichen Folgen der Inflation untergraben worden ist, als dringendste Aufgabe betreibt, dann können wir uns auf eine Verlängerung der Wirtschaftskrise ins Endlose gefaßt machen.

Die Zeit ist nicht allzu fern, wo die Regierung, durch die Macht der Tatsachen gezwungen, in die Währungspolitik einzugehen, dem Volke wird Rechnung zu legen haben. Wir verlangen von ihr nicht, daß sie sich bei ihren Maßnahmen von falscher Sucht nach Popularität leiten läßt. Aber sie wird sich nicht darüber zu wundern brauchen, wenn ihre bisherigen Taten auch unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden, inwieweit man eine Popularität bei der Reaktion auf Kosten der arbeitenden Massen gesucht hat, und darf dann über die Quittung der Wähler nicht erstaunt sein.

## Sie können sich nicht durchsehen.

Kerfegung im deutschnational-völkischen Lager.

Die Deutschnationalen haben eine Schlacht verloren. Nach dem planmäßigen Angriff auf die parlamentarische Feste rennen ihre Reihen nach verllorener Schlacht nach allen Seiten auseinander. Der auseinanderstrebenden Tendenzen, Strömungen und Interessen gibt es im Reichslager zu viele, als daß sie lange Zeit beisammen bleiben können. Keiner der ist der Haß gegeneinander größer als im völkischen Lager. Hiller-Ludendorff-Völkische, Kahr-Völkische, bayerische Separatisten, Landbündler, Altkonservative, Alldeutsche, Wulle-Gräfe-Völkische, Deutschnationaler rechter und linker Färbung (Westarp kontra Helfferich), Schwerindustrielle Wirtschaftsdiktatoren, väterländische Verbände — ein Herzenskessel, ein Wirrwarr, ein Durcheinander, in dem kaum ein intimer Kenner sich zurechtfindet. Alle rufen sie nach dem Diktator. Jeder will Diktator sein, jeder hält den anderen für unfähig, die Diktatur auszuüben. Jeder sieht in dem anderen einen unangenehmen „Schädling“. Das ist das Bild der deutschnationalen und rechtsradikalen „Völkischen Bewegung“, die den „Willen zur Macht“, den „Willen zur nationalen Politik des unterdrückten Volkes“ in sich zu verkörpern vorgibt. Kein Wunder, wenn in einem Anfall von ehrlicher Selbstbesinnung der heißspornige, völkisch-deutschnationalen Preußenabgeordnete Schlang-Schönning offen bekennet:

„Nach darüber wollen wir uns klar sein: Es wird niemals dahin kommen, daß wir uns auf parlamentarischem Wege so durchsehen können, wie es zum Wohle des Volkes notwendig ist.“

In der Tat die ideen- und geistlose Gewaltanwendung der Rechten, die primitive Racialität, mit der Männer vom geistigen Format eines Hitler sich zu Führern des Volkes aufspielen und sich und anderen einzureden versuchen, es bedürft in Deutschland nur des Willens zur Macht, nur der „moralischen Erhebung gegen den Versailler Friedensvertrag“, um sofort all der tausend Räte Herr zu werden, in die das unter kaiserlicher Führung in die Niederlage hineingetriebene Deutschland nach dem Versailler Vertrage geraten ist, diese politische Kinderei ist nicht geeignet, die Führung im

politischen Leben des Volkes zu erobern. Sie mag genau so gut wie die kommunistische Demagogie auf ungeschulte und verzweifelte, auf hungernde und enttäuschte Massen eine zeitlang Eindruck machen, die überwiegende Mehrzahl des Volkes ist in Deutschland politisch geshult genug, um die innere Abhängigkeit der deutschen Politik von außerdeutschen Faktoren zu verstehen und zu würdigen. Sie begreift, daß ein besiegtes Land und ein besiegtes Volk andere Schwierigkeiten zu überwinden hat und unter anderen politischen Bedingungen lebt, als wie sie im Frieden bei uns bestanden und zu einem Teile bei den Siegermächten heute noch bestehen. Die Sozialdemokratie, die in der Zeit der schlimmsten Not den Staat gerettet und zusammengehalten hat, kann den kindlichen Angriffen dieser Leute, die wissend und unwissend nur Vorpanndienste für die Diktaturgefühle hinter den Kulissen agierender Wirtschaftskräfte leisten, gelassen entgegnen. Der Ansturm dieser gewiß nicht zu unterschätzenden Kräfte gegen das parlamentarische System ist zur Niederlage von vornherein verurteilt. Der Ansturm selbst muß in diese Kreise je länger, je mehr den größten Wirrwarr hineinbringen, und der heutige Leitartikel des radikalen Herrn Schlang in der „Deutschen Zeitung“, der als Auftakt zu der erweiterten Hauptvorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei geschrieben ist (dort liegen sich rechter und linker Flügel heftiger denn je in den Haaren), ist ein deutlicher Beweis für die zerfallende Wirkung, die die Anziehungskraft parlamentarischer Mitarbeit auf jeden utopischen Radikalismus ausüben muß. Herr Schlang sieht voraus, daß selbst bei den größten Erfolgen der Deutschnationalen und Deutschvölkischen bei den kommenden Reichstagswahlen eine ungetriebene Freude am Gewinn ihnen auf dieser Erde nicht beschieden sein wird!

„Auch dann wird immer nur eine Koalitionsregierung möglich sein, auch dann würden wir immer noch befaßt sein mit dem Bleigewicht derer, die von jeder erfahrungsgemäß vor jeder durchgreifenden Maßnahme zurückschrecken, deren Lebenselement das Parlamentieren und Koalieren ist und deren Anle bei jedem Sturz der Sozialdemokratie zu zittern anfangen!“

Darum fordert Herr Schlang ein offenes Bekenntnis, „daß wir nicht auf dem Boden dieser völkischen Vernichten den Verfassung stehen“, daß „wir nicht warten können, bis wir diese Verfassung in einer langsamen Evolution ändern und verbessern können“. Schlang fordert den deutschen und ausgesprochenen Bruch mit der bisherigen Politik der Deutschnationalen, die im Parlament eine zwiespältige Haltung einnahmen, die sich auf den Boden der Weimarer Verfassung zu stellen bereit erklärten, die Straßmann als Außenminister schaden wollten, die den Versailler Friedensvertrag anzuerkennen bereit waren, die als Partei mit parlamentarischen Mitteln zur Macht zu gelangen suchten. Schlang glaubt nicht, daß auf diesem Wege die völkisch-radikale Strömung sich durchsetzen können. Er fürchtet, daß auch sie im Wechselspiel der parlamentarischen Koalitionspolitik verbraucht wird und verlangt, daß man „dem Gedanken der internationalen Revolution den unverbrauchten Gedanken der nationalen Revolution“ entgegensetzt:

„Reihen wir uns wieder los von all der parlamentarischen Käfigwirtschaft, in der wir in den letzten Wochen fast unterzugehen drohen. Schaffen wir dem Volke Klarheit darüber, daß es von keiner Partei gerettet werden kann, solange die heutige verfassungsmäßige Parlamentarismuswirtschaft fortdauert. Hören wir auf, Partei zu sein und werden wir Volksbewegung gemeinsam mit allen denjenigen Deutschen, die sich in dieser nervenzerstörenden Zeit noch so etwas wie einen Willen bewahrt haben.“

Es ist nicht uninteressant, daß diesem kriegerischen Appell gegen die bisherige Politik der Deutschnationalen das Bekenntnis zur Einheitslichkeit der völkischen Bewegung folgt, die unüberwindlich sein werde, sobald sie einig sei. Wir glauben nicht, daß die Deutschnationalen in ihrer Gesamtheit, so stark auch der Einfluß der völkischen Zellen in ihren Reihen bereits ist, morgen schon dem Appell des Herrn Schlang Folge leisten werden. Die Auseinandersetzung mit diesem Problem wird ihnen freilich nicht erspart bleiben, und

Das Beispiel Bayerns zeigt, zu welchem Ergebnis die Auseinandersetzung im Reichslager mit tödlicher Sicherheit führen muß: zur vollständigen Lähmung und politischen Einflußlosigkeit. Der wirkliche Bürgerkriegsspieler dieser Narren entgegenstellen, wird und muß in Deutschland stark genug sein, um die staatliche Einheit der Republik wieder fest zu sichern und revolutionäre Erschütterungen durch rechts- oder linksradikale Diktaturgefühle ein für alle Male unmöglich machen. Wenn diese Aufgabe gelöst ist, und wenn im Zusammenhang damit die außenpolitischen Verhältnisse sich geklärt haben, dann wird sich bald zeigen, daß hinter dem Geschrei dieser deutschvölkischen Phantasten keinerlei ernst zu nehmenden politischen Kräfte stehen. Die Sozialdemokratie, deren ungeheure Arbeit für die Erhaltung Deutschlands diese Gefellen heute glauben verheimlichen zu können, braucht keinen Augenblick zu fürchten, daß diesen Kräften dann ihr verdientes Schicksal — Zerfall und Zerschlagung — erspart bleiben könnte.

## Eine Entgegnung. Und eine Antwort.

Genosse Franz Künstler schreibt uns:

Die von der letzten Funktionärskonferenz fast einstimmig angenommene Entschliessung für die Einheit der Partei war für die Redaktion im gestrigen Abendblatt der Anlaß einer nicht gerade sachlichen Polemik gegen die übergroße Mehrheit der Berliner Funktionäre. Als Vorsitzender der Berliner Parteiorganisation holte ich es für meine Pflicht, gegenüber solch einer Kampfesweise entschieden Verwahrung einzulegen. Auf was stützen sich die Anklagen und Vorwürfe des Artikelschreibers? Warum muß so schweres Geschick aufgeföhren werden gegen eine Entschliessung, die aus der Sorge um die Partei geboren wurde und an die Adresse all derjenigen gerichtet ist, die schon in jeder Kritik die Spaltung der Partei sehen? Der Verfasser des Artikels hat unserer Partei den allerhöchsten Dienst erwiesen, indem er in mehr bezeichnender als sachlicher Form sich gegen den Beschluß der Funktionäre wendet.

Es wird behauptet, die Entschliessung enthalte den „Beiß gehässigen Mistrauens“. Dazu gehört schon ein großer Teil der sogenannten Einheit gegen die Berliner Parteigenossenschaft, um solches behaupten zu können. Wenn die Frage aufgeworfen wird, wer die „gemisse Seite“ ist, die von einer drohenden Parteisplaltung spricht, so ist zu bemerken, daß in letzter Zeit sehr häufig bei den Auseinandersetzungen über strittige Fragen in Parteidiskussionen wie hier auch an anderer Stelle von einer bevorstehenden Spaltung der Partei die Rede war.

Es waren dies nicht nur private Äußerungen, sondern öffentlich wurden diese Redewendungen in die Debatte geworfen. Es dürfte doch dem Verfasser nicht unbekannt sein, daß Genossen in opponierender Stellung wiederholt die Einigung als verfrüht betrachtet haben.

Das Antagonematerial des Verfassers gegen die Berliner Funktionäre beweist, daß dasselbe sich nur auf private Äußerungen und Zitate aus einer nach Tausenden zählenden Versammlung stützt, was von ihm selbst, wenn es von der anderen Seite kommt, als ganz harmlos hingestellt wird. Damit will ich nicht entschuldigen, was an unzufälligen Zwischenrufen bald von dieser oder jener Seite geschieht. Diese aber einseitig zu gebrauchen, um damit Stimmung zu machen gegen die Berliner Funktionäre, ist ein Beginnen, was mit „wahrhaft parteigenösslicher Gesinnung“ nichts zu tun hat. Nur einem Zufall ist es wohl hoffentlich zuzuschreiben, daß in derselben Spalte, da, wo die Berliner Entschliessung angegriffen wird, unter dem Strich die Ueberschrift zu finden ist: „Die ganze Richtung poßt uns nicht!“

Dazu haben wir zunächst folgendes zu bemerken: Am Dienstag früh erschien Genosse Künstler in der Redaktion und sprach den Wunsch aus, die umstrittene Resolution im Wortlaut veröffentlicht zu sehen. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Veröffentlichung eine sehr unerquickliche Auseinandersetzung unermesslich mache und daß die Redaktion sie darum lieber vermeiden sehen möchte. Genosse Künstler bestand als Vorsitzender

## Die Welt ohne Schleier.

Von Karl Fischer.

In der Komischen Oper, die einst Direktor Gregor gegründet und der er höchste künstlerische Prägnanz gegeben hat, was natürlich zur Folge hatte, daß er mit Pauten und Drommeten spielte ging, in diesem Theater, das längst mehr komisch als Oper ist, wird ein Stück aufgeführt, das auf den viel verheißenden Namen hört: „Die Welt ohne Schleier“.

Das Stück soll außerordentlich schön und geschmackvoll sein, und das kommt gemäß daher, daß die Schauspielerinnen den Schleier, den sie in dem Stück des vorigen Winters, das auch sehr schön und geschmackvoll war, wenigstens noch trugen, nun auch noch als langweilig und lästig abgelegt haben.

Die Direktion jedenfalls zählt jeden Morgen in meterlangen Plakaten an den Vitasshulen die vielen Vorzüge des Stückes auf und erklärt zum Schluß mit Recht, daß sie es verabscheue, Restame zu machen.

Inbessen, ich glaube, die Direktion der Komischen Oper hat nicht recht, wenn sie behauptet, es sei reizvoll, die Welt ohne Schleier zu sehen. Man hat nur Ärger und Verdruß davon. Das mußte dieser Tage so recht eindringlich ein Kollege von der „Deutschen Tageszeitung“ erfahren, der in Vertretung des Kritikers in das Theater am Kurfürstendamm gegangen war, wo ihm die Direktion — Ehre, wenn Ihre gebührt — einen Platz in der Loge angewiesen hatte.

Der Verdruß des Kritikers i. B. kam aber nun nicht daher, daß auch auf dieser Bühne die Damen der schleierteifen Mode huldigten. Nein, hier heißt Kunst, die prächtvollsten und prunkendsten Kostüme tragen, während der Theaterzettel kündigt, welche Firmen diese Kunstwerke gefertigt haben. Rein, der Ärger und Verdruß des lieben Kollegen kam aus anderer Quelle.

Er gehört, wie alle, die auf seine Fahne schwören, zu den unbedingten Naturen, die alles nur so sehen und so sagen, wie es wirklich ist, die die Welt ohne den Schleier der Voreingenommenheit wissen und werten. Darum ist ihm auch ohne weiteres zu glauben, wenn er, vom Jörn geschmolzen, das gute, große Germanenbrot, erzählt, daß er nur Juden gesehen, die sich frech und pöbelhaft benommen haben, die alle Taschen voller Dollars hatten — es ist ja längst bekannt, daß nur Juden wertbeständiges Geld besitzen, das immer nur auf unsauberen Wegen zu ihnen gekommen ist — und die während der Vorstellung den Hut auf dem Kopf behielten. Da packte den armen Kritiker die Wut, er stürzte in seine Redaktion, spielte Gift und Galle, und zum Schluß schreit er nach dem alleinseligmachenden Hakenkreuz.

Darüber wird sich niemand wundern, der weiß, daß nur der die Welt ohne Schleier und Schminke sehen kann, der ein Hakenkreuz hat, oder zu ihm hält. Den besten Beweis für diese Behauptung haben ja erst unlängst die Herren Hiller und Ludendorff geliefert.

Die Direktion der Komischen Oper aber, die die Welt ohne Schleier zeigt, muß entschieden Hakenkreuze an ihr Haus hängen und den Schauspielerinnen große Hakenkreuze bei dem Wangel an Bekleidung auf den, nun, sagen wir, Rücken malen lassen. Dann

muß sie zur millionsten Aufführung diesen Kritikus einladen, der dann andauernd halbelujah schreien und schreiben wird. Den anderen Herren Theaterdirektoren jedoch sei die Geschichte mit dem Hakenkreuz dringend zur Nachahmung empfohlen. Die Kritik vereinfacht sich dann auf ganz wundervolle Weise, und alles schwimmt vor Wonne in einer Welt ohne Schleier.

## Literarische Bosheiten.

Der wichtige Franz Blei läßt soeben im Ernst-Roman-Verlag zu Berlin sein höchst anmutiges „Großes Bestiarium der modernen Literatur“ in einer neuen, sehr vermehrten Auflage erscheinen, die sich sozusagen als eine kleine moderne Literaturgeschichte darstellt. Es ist freilich keine Literaturgeschichte üblicher Art; was Blei hier in höchst konzentrierter Form darbietet, ist ein Extrakt von Satire, Ironie, Satire und tieferer Bedeutung. Ein wahrhaft kritischer Geist von überlegenem Humor ist hier am Werk, um seine dachtenden Zeitgenossen und sich selbst im Zerrspiegel zu zeigen. Man höre nur, was für unedelmütigen Blei von seinen schreibenden Kollegen zum besten gibt:

Jemand fragte Arthur Schnitzler, der aus einer Gesellschaft kam, wie er sich unterhalten habe. „Ohne mich“, sagte der Bleuderer, „hätte ich mich sehr gelangweilt.“

In Wien wurde einmal der Nachlaß einer wegen ihrer Liebchaften mehr als wegen ihrer Kunst berühmten Schauspielerin öffentlich versteigert. Einige beherrschte Damen fanden entrüstet, daß die Preise zu hoch gingen. „Diese Damen“, sagte Franz Blei, „hätten die Sachen am liebsten zum Selbstkostenpreis.“

Franz Werfel wurde im Kriegspressequartier damit beauftragt, Worte und Aussprüche zu erfinden, die Kaiser Karl bei öffentlichen Anlässen von sich geben könne. Werfel erwand mit vieler Freunde Hilfe eine Menge. Das beste Wort aber machte der viel mehr als wichtige Anton Kuh: „In meinem Reich geht die Sonne nie auf.“

Auf den ehrgeizigen Carl Sternheim hat man folgendes Epitaph verfaßt: „Hier ruht Carl Sternheim. Es ist der einzige Naß, nach dem er nicht gestrebt hat.“

Wedefind lag an einem gedrohenen Bein im Bett und Halbe besuchte ihn, trotzdem man „bös“ war. Man verführte sich. Als Wedefind wieder ausging, begegnete ihm der berühmte Verfasser schöner Stücke, der ihn grüßte. Wedefind sah in die Luft. „Aber Franz, wir haben uns doch verlobt!“ — „Das war nur für den Sterbefall“, Herr Doktor Halbe,“ sagte Franz und ging weiter.

Vom Nebenzimmer aus vernahm man Geräusch eines lebhaft geführten Gesprächs, das Carl Sternheim und ein jüdischer Diplomat miteinander führten. Und zwar über Marx. Erst nach ein-einhalb Stunden kamen die beiden Herzen darauf, daß Sternheim den Marx, Herr v. R. den Roy von Baden gemeint hatte.

„Die Kaffette“ von Carl Sternheim wurde in der „Tribüne“ unter des Verfassers eigener Regie neu belebt. Aber sie hatte nicht mehr die Wirkung wie vor dem Kriege, als Bassermann die Hauptfigur gestaltete. Die Demoskierung der deutschen bürgerlichen Familie, die Sternheims Ziel ist, hat inzwischen solche Fortschritte gemacht, daß die Literatur, auch die eines Rebellen, etwas verblasst. Aber die Bestie ist nicht tot, und so ist auch Sternheims Demaskierung immer noch willkommen. Die freckende Zerschlagung, die der Kapitalismus am Gefühl und Bewusstsein des deutschen Bürgers bewirkt hat, die Verflüchtigung vor dem Geiste, das hier durch die Kaffette sinnbildlich veranschaulicht wird, kommt zur feierlichen Demonstration in der bürgerlichen Mittelschicht. Da Sternheim sein eigener Regisseur war, entspricht die Ausführung seiner Intentionen. Sein expressivster Stil, der Typen schafft, seine naturphilosophischen Abbilder der Wirklichkeit, und eine eigene gedrähte, epische Epoche verwendet, kam nicht voll zum Ausdruck. Die Konzeptionen, die in der unwachsenden „Hofe“ oder am Hofe waren, werden hier fortgesetzt, und das Marionettentheater, Mechanistik der Frauen war gemildert. Ch. v. Winterstein, der Meister kraftvoller, starker Persönlichkeiten, war für diesen von Galsberger besessenen Oberlehrer zu fest und solide, obwohl das Maschinengewehrfeuer seines Dialogs nur so knatterte. Wie ein Forum schritt pathetisch und komisch zu, als ich Adele Sander über die Bühne, die wirklich zur Tappe angelegte, unerlässlich die Macht des Geldes auszubende Erdbeute, die die Erben bewacht, mit der Erbhoheit lockt und sie in Wirklichkeit entleert. Die Frauen dürfen bei Sternheim ihr „Infinitiv“ eben freier entfalten. Kitty Achenbach (die zweite Frau des Oberlehrers) die Erbin für den aus Geld verlorenen Mann such) und Vera Stibelski (die kampflose Verdriss auf das junge Mädchen) konnten sich natürlicher abgeben. Köstlich war Georg Alexander als Photograph Sidenknur, ganz der vom Kuffeas- und Bismarck-simmel besessene Jüngling, der dabei aber sehr realistisch zu Werke geht.

Sternheims Drama hat kein natürliches Ende. Es könnte — wie es viel zu breit geraten ist — noch weiter laufen. Das führt einem Teil des Publikums nicht zu gefallen, es nicht. Aber Sternheim ließ sein Intellektuellengedicht trotzdem laufen.

Die Eröffnung der Kaffette-Oper soll am 25. d. M. stattfinden. Von den 2000 Blättern haben der Volkshalle ähnlich die Kaffette zur Verfügung. Eine Anzahl neuer Veranschauligungen für Abendvorstellungen wurde errichtet, für die abendliche Vorstellungen in der Volkshalle, in der Staatsoper am Königsplatz und im Or. Schauspielhaus stattfinden. Für jede Abendvorstellung ist der Eintrittspreis auf 1,20 M. festgelegt. Anwesenheiten neuer Mitglieder in allen Abteilungen, in den Kaufbüchern von Germania Reich und in der Geschäftsstelle der Volkshalle, Lindenstr. 227.

Die Morgenfeier der Volkshalle, die am 18. Dezember die Uraufführung von A. Stranass „Rubinens“ bringen sollte, muß technisch Schwierigkeiten wegen auf den 6. Januar verschoben werden.

Eine Ausstellung des politischen Errors. Das Revolutionsministerium in Weimar hat eine Abteilung zur, die dem O. Grubich zufolge, das schriftliche und bildliche Material zur Geschichte der in Russland von 1900 bis 1910 verübten terroristischen Akte erheben soll. Der größte Teil dieser Schriften und Photographien ist bisher weiteren Kreisen ganz unbekannt geblieben.

der Berliner Parteioffiziere trotzdem auf der Veröffentlichung, die unseres Erachtens überflüssig war. Wir hatten bereits berichtet, daß eine Resolution „für die Einheit der Partei“ angenommen war; auf die Veröffentlichung ihres unglücklichen Wortlauts besteht, hieß demnach und absichtlich den Parteifreien in die Spalten des „Vorwärts“ tragen.

Was von solchen Erörterungen zu erwarten ist, zeigt die Zuschrift des Genossen Künzler, mit der schwer etwas anzufangen ist, weil sie aus lauter Redensarten besteht. Sie zeigt uns, daß nach der Meinung Künzlers die Kritik, die von den Berliner Funktionären geübt wird, vom „Vorwärts“ küßschweigend eingestrichelt werden muß (wie es es bisher immer noch mit Lammungsbild getan hat), daß sich aber sofort Gefühle des Beleidigten einstellen, wenn in noch so zurückhaltender Form Gegenkritik geübt wird.

Den Beweis, daß die Kränkungen, die zum Gegenstand jener Entschliebung gemacht wurden, öffentlich und nicht privater Natur waren, bleibt Genosse Künzler schuldig. Das Verständnis dafür, daß das systematische Hiniauswählen bewährter Genossen der alten Reichspartei aus dem Bezirksvorstand knapp ein Jahr nach der Einigung, das sogenannte „Ausmisten“, auf einen Teil der Partei verfallend wirken konnte, fehlt ihm. Wir wissen nicht, was jenen Genossen vorzumerken war, wenn nicht das eine, daß sie den Kampf Berlins gegen Parteivorstand, Reichstagsfraktion und Zentralorgan nicht wollten, daß sie innerhalb der Partei für Verständigung eintraten. Sie waren der Meinung, daß niemand die Weisheit mit Weisheit getroffen hat, auch die Opposition nicht — und daß sie mit dieser Meinung nicht ganz im Unrecht waren, zeigt die Zuschrift des Genossen Künzler deutlich genug.

Darum noch einmal: Vost! ab von diesen Methoden der inneren Befämpfung! Denkt an Halle!

### Knillings „Informationen“.

#### Wie Genosse Hoffmann verleumdet wird.

München, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Knilling hat in seiner zweiten Rede im Ständigen Ausschuss des Landtages am letzten Freitag Bezug genommen auf eine offizielle Mitteilung des bayerischen Polizeikommissars, die den Genossen Hoffmann weiterhin mit hochverrätherischen Bestrebungen in Verbindung brachte. In der Nachmittags-Sitzung war Genosse Klermann in der Lage, die Mitteilungen Knillings und seiner Hintermänner als glatte Verleumdung zu bezeichnen zu können. Darauf antwortete für den abwesenden Ministerpräsidenten Kultusminister Ratt, die Regierung habe sich inzwischen telephonisch in Heidelberg erkundigt und es sei ihr bestätigt worden, daß die Sozialdemokraten Hoffmann und Wagner am 2. Dezember in Reustadt und anschließend in Kaiserslautern mit separatistischen Regierungsmitgliedern der autonomen Pfalz verhandelt hätten. Demgegenüber hielt Genosse Klermann, der selbst Pfälzer ist, sein Dementi voll aufrecht.

In der Dienstsitzung des Ständigen Ausschusses kam es nun zu heftigen Auseinandersetzungen, weil sich die Mitteilungen der bayerischen Regierung tatsächlich als glatte Verleumdung herausgestellt haben und Genosse Klermann auf Grund persönlicher Informationen neuerdings erklären konnte, daß die Behauptungen vom Regierungssitz von Anfang bis zu Ende unwahr seien. Im Namen der Regierung teilte Staatsrat Schmelzle mit, daß durch die eingeleiteten Erhebungen jetzt allerdings festgestellt sei, daß die von dem Gewerksmann des Pfalzkommissars verbreiteten Mitteilungen über separatistische Umtriebe des Johannes Hoffmann nicht zutreffend seien. Hoffmann und Wagner haben an den Besprechungen mit den Separatisten am 2. Dezember nicht teilgenommen. Daß die bayerische Regierung hier verlanndert gegen Mitteilungen zum Opfer gefallen ist, wäre an sich nicht verwunderlich. Bezeichnend ist aber, mit welcher Eiferfertigkeit sie diese böswärtigen Verleumdungen der Öffentlichkeit unterbreitet hat, in offensichtlich schadenfreudiger Weise, der Sozialdemokratie wieder eins auszuweisen zu können. Das Verhalten der bayerischen Regierung ist auch insoweit nicht einwandfrei, als sie ihren Reifall nicht ehrlich bekennt und bedauert, sondern Hoffmann nach anderer Seite hin zu belassen sucht. Auch hierüber werden noch nähere Feststellungen von sozialdemokratischer Seite getroffen werden.

### Rationierte Pressefreiheit.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus München, daß dem seit dem Silber-Putsch verbotenen „Bölkischen Beobachter“ das Wiedererscheinen in einer „bestimmten Auflage“ gestattet werden soll. Das ist wenigstens eine originelle Leistung des Herrn von Rahr. Bisher hat man von Originalität bei ihm nicht viel merken können.

### Beamte und Parteidisziplin.

Der Stadtverordnete Genosse Eduard Jachert sendet uns zu der unter obiger Überschrift erschienenen Notiz in der Montag-Abendausgabe eine Zuschrift, in der er behauptet, daß unsere Angabe, das Vertrauensvotum für den Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hoffmann sei nur mit schwacher Mehrheit gefaßt worden, nicht den Tatsachen entspreche. Von den über 200 Delegierten hätten höchstens 12 bis 14 gegen das Vertrauensvotum gestimmt. Unser Gewerksmann hält hingegen keine Mitteilung vollkommen aufrecht und fügt hinzu, daß aus der Mitte der Versammlung heraus sogar das Ergebnis der Abstimmung angezweifelt worden sei.

Genosse Jachert erklärt weiter, es sei nicht richtig, daß er Hoffmann im Auftrage der Allgemeinen Deutschen Volksgewerkschaft bestimmt habe, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. (Das Wort „bestimmt“ ist in der Zuschrift unterstrichen.) Er, Jachert, habe Hoffmann vielmehr zu seinem schon vorher feststehenden Entschlusse bezüglich gewünscht, aber er habe auch auf andere, sogar an prominenter Stelle stehende Genossen im Reichstag im Auftrage der Gewerkschaft eingewirkt. Wir gehen den wesentlichen Inhalt dieser Zuschrift gern wieder, bemerken aber auf Grund der Mitteilung unseres Gewerksmannes, daß Jachert selbst auf dem Beamtenstag erklärt habe, er trüge an der Abstimmung Hoffmanns einen Teil der Schuld, inwiefern er Hoffmann ersucht habe, so zu stimmen, wie er gestimmt hat. Einer der folgenden Redner hat daraufhin sogar sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Jachert in diesem Sinne im Auftrage der Postgewerkschaft auf die Abgeordneten einzuwirken versuchte.

An unserer Auffassung über die Notwendigkeit der Parteidisziplin wird durch die Zuschrift selbstverständlich nichts geändert. Die von einem Teil des Beamtenlagers vertretene Auffassung, die „Fraktionsmehrheit“ habe die Parteidisziplin gebrochen, so daß der einzelne Abgeordnete die Pflicht habe, gegen sie zu stimmen, ist eine so absurde, daß sie jedes ernste Zusammenarbeiten in einer Fraktion unmöglich machen würde, wenn sie zum Gemeingut der Partei werden sollte.

Der Zustand Berlins. In einer Eisenbahnkonferenz gab Einowlew auf wiederholte dringliche Anfragen über Berlins Gesundheitszustand folgende etwas gewundene Erklärung ab: „Man muß sich mit viel Geduld wappnen, wenn man die endgültige Wiederherstellung des Genossen Lenin abwarten will, denn eine merkliche Besserung seiner Gesundheit ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Wenn sich die Wissenschaft und die Ärzte nicht irren, so schreitet der Gesundungsprozeß in normaler Weise fort.“

Der neue amerikanische Botschafter in England. Der amerikanische Senat hat die Ernennung Kellogg zum amerikanischen Botschafter in London bestätigt.

### Balkonschmuck.

Jeder „bessere“ Mensch, der nur ein wenig auf seinen guten Ruf hält, schmückt seinen Balkon nicht nur im Sommer mit allerlei bunten Blumen, Wein und anderen Gewächsen, sondern sieht darauf, das Balkonwand und Loggiabüstung auch im Winter nicht leer sind. Da legt man Tannenweige auf das Gitter oder stellt kleine Tannendäumchen in Töpfen auf. Dazu kommt nun aber nicht lange vor Weihnachten noch ein ganz besonderer Balkonschmuck, den man natürlich auch nur in den „besseren“ Gegenden oder bei den feinen Häusern findet. Da hängt zum Beispiel ein Hahn, so ein recht fetter, feister Kerl. Der Nachbar hat sich ein Reh geistelt, das draußen auf dem Balkon noch lüftet und darauf wartet, daß es vom Fell befreit wird und in die Bratpfanne wandert. Noch einer ein Haus weiter hat sich für eine Bute entschieden, und Kenner dieser Dinge behaupten, daß Butenfleisch ein durchaus leckerer und wohlbedommlicher Braten für die Feiertage ist. Und weiter findet man auf solch einem Spaziergang zur Beschäftigung der Schönheiten von Balkonschmuck ein paar Enten, eine Gans, einen Hahn und anderes Geier. Einer dieser lieben Mitmenschen hat sogar zwei Gänse auf seinen Balkon gehängt. Dieser gute Mann darbt gewiß wie jener brave Medlenburger, der behauptet hat: „So eine Gans ist ein tomischer Vogel. Eine ist zum Frühstück zu wenig, und zwei sind zuviel.“

Einen ganz besonderen Genuß aber wird es bereiten, nach ein paar Wochen abermals dieses Weges zu ziehen, wenn all das Viehzeug zubereitet ist und im Bratofen brozelt. Haben jetzt nur die Augen etwas, bekommt dann auch die Nase ihr Teil. Es steht nur zu befürchten, daß diese „Tierhalter“ Befehl geben, die Küchenfenster zu schließen, um den lieblichen Geruch in der Küche zu behalten, damit die Begehrlichkeit anderer nicht gereizt wird und sie nicht zum Bewußtsein ihrer Notlage kommen. Denn es sind große Menschenfreunde unter diesen Besitzern „wertbeständigen“ Geflügels.

### Max Bading.

Genosse Max Bading ist, 71 Jahre alt, gestorben. Da er stets nur im stillen wirkte, ist er nur noch den älteren Parteigenossen bekannt. Unter den schwierigsten Verhältnissen des Sozialistengesetzes hat Bading gemeinsam mit Paul Singer im Jahre 1884 das „Berliner Volksblatt“, den Vorläufer des „Vorwärts“, begründet und auch in seiner in der WeißstraÙe gelegenen Druckerei bis 1902 gedruckt. Trotz aller politischen und geschäftlichen Hindernisse ist es ihm gelungen, allerdings mit Hilfe der stets opferbereiten Unterstützung unseres Paul Singer und der Berliner Parteigenossen, das „Volksblatt“ durch alle Fährnisse des Sozialistengesetzes zu bugeln. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Seine Einäscherung erfolgt am Sonnabend, den 15. Dezember, mittags 12 Uhr, im Krematorium in Wilmersdorf.

### Fahrlässige Tötung oder . . . ?

#### Das Verschwinden der Kontoristin Majewski aufgeklärt.

Das Verschwinden der Kontoristin Maria Majewski, über das wir ausführlich berichteten, ist bereits aufgeklärt. Das Mädchen ist von dem Handlungsgehilfen Kurt Koglschmar erschossen worden. Ob mit Absicht oder durch einen Unfall, bedarf noch der weiteren Aufklärung. Koglschmar behauptete zunächst, wie wir mitteilten, daß er am 3. Dezember abends am Bahnhof Saanngnplatz vergeblich auf Maria Majewski gewartet habe und dann mit einem Mädchen von der Straße nach seiner Wohnung in der Schaperstr. 11 und von dort nach dem Rurfürstendamm gegangen sei.

Als man ihm nun aber gestern spät abends in einem neuen Revolver den Fund der Blutspuren vorstellte, wurde er unsicher und gab zögernd zu, daß er mit der Revolverkugel am 3. Dezember abends, in seiner Wohnung gewesen sei. Die Wundkommission hatte festgestellt, daß er eine Pistole besessen hatte. Das vermisste Mädchen hatte einer Freundin erzählt, daß es bei einem Besuche Koglschmars diese Waffe in der Hand gehabt habe. Koglschmar sagte jetzt, bei dem letzten Besuche habe er selbst die Pistole in der Hand gehabt, um sie, wie auch früher schon, dem Mädchen wieder zu zeigen. Er habe nicht gemerkt, daß sie noch eine kurze Patrone enthalten habe. Blühlich sei ein Schuh losgegangen und das Mädchen gleich, in die Stirn getroffen, tot zusammengebrochen. Während er noch kopflos dastand und nicht gewußt habe, was er bedenken solle, sei seine Mutter, Anna Münster, geb. Koglschmar, die sich erst vor nicht langer Zeit verheiratet hat, nach Hause gekommen und habe gesehen, was geschehen war. Wie er behauptet, habe er allein die Leiche in einem Sack und einem Korb mit der Eisenbahn nach Beelitz gebracht und dort im Walde vergraben. Den Hut und die Handtasche des Mädchens sowie einen kleinen Spaten habe er an der Freiarchenbrücke ins Wasser geworfen, keine buntebeladene Hofe und seinen Hut im Ofen verbrannt. Wie weit diese Darstellung richtig ist, wird sich wohl bald ergeben. Wo er die Leiche vergraben hat, konnte Koglschmar an der Hand der Karte nicht genau zeigen. Die Kriminalkommissare Dr. Kausch und Quos sind deshalb mit ihm und einigen Beamten heute vormittag nach Beelitz hinausgefahren, um die Leiche auszugraben und zur Obduktion nach Berlin zu bringen.

### Weiteres Sinken der Fleischpreise.

#### Die Großschlächter gegen die Wucherpolizei.

Die Preisgestaltung auf dem letzten Viehmarkt, die sich auf Beschluß der sogenannten Heberwachungskommission gegen den Willen der Wucherpolizei im freien Handel vollzog, hatte, soweit die Preise für Schweine in Betracht kommen, erneut zu Bedenken Anlaß gegeben, weil bei dem geringeren Auftrieb die Preise wieder angezogen hätten. Infolgedessen hatten die zuständigen Behörden für den heutigen Viehmarkt besondere Vorkehrungen für eine mehr oder weniger zwangsläufige Senkung der Preise getroffen, um so mehr, als die letzten Notierungen in Hamburg nahezu 50 Prozent unter den Berliner Preisen lagen und von den Hamburger Behörden an die zuständigen Berliner Stellen das Ersuchen gerichtet worden war, ein weiteres Anziehen der Fleischpreise unter allen Umständen zu verhindern.

Aus diesen Gründen war von der Wucherpolizei unauffällig in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages ein größeres Kommando der Schutzpolizei nach dem Viehhof beordert worden, und um 8 Uhr früh wurden alle Verkaufshallen mit Polizei- und Kriminalbeamten besetzt. Die Mitteilung hiervon wirkte in dem gerade zur Beratung über die Preisfestsetzung zusammengetretenen Heberwachungsamt wie eine Bombe. Die Erregung unter den Interessenten steigerte sich noch, als der Vertreter der Wucherpolizei erklärte, daß er keine höheren Preise als die Hamburger Notierungen, also 75 Pf. für Schweine erster Qualität, zuzulassen beabsichtige. Daraufhin kam es zu stürmischen Szenen in der Sitzung. Nach langen Verhandlungen bestimmte der Ausschuss schließlich, daß für Rinder, Kälber und Schafe freier Handel eintreten und bei den Schweinen ein Angemessenheitspreis gelten sollte, der für das Pfund besser Qualität den Preis von 1 Mark nicht überschreiten dürfe. Alle minderen Qualitäten müßten im Preise entsprechend abgesetzt werden. Diese Preisregelung bedeutet gegenüber dem vormaligen Markt immerhin eine Senkung von 30 bis 40 Pf. pro Pfund, überschreitet aber die Hamburger Notierungen noch immer um ein beträchtliches. Eine Erklärung da-

für wüßte keiner der Interessentendirekteur anzugeben. Immerhin wäre ohne Eingreifen der Polizei auf dem heutigen Markt sicherlich eine weitere Preissteigerung eingetreten. Trotz des Protestes der Großschlächter blieben die Polizeibeamten in den Verkaufshallen an den Wiegestellen postiert und kontrollierten dort an Hand der Gewichtskarte, ob die zulässigen Preise eingehalten worden waren.

### Der Arztstreik.

#### Eine Entschliebung der Gewerkschaftsfunktionäre.

Die Gewerkschaftskommission hatte gestern abend die Gewerkschaftsfunktionäre Groß-Berlins zusammengerufen, um ihnen durch den Chefarzt der Allgemeinen Berliner Krankenkasse, Dr. Brühl, einen Bericht über die Entstehungsgeschichte und den bisherigen Verlauf des Arztstreiks geben zu lassen. Der Referent führte etwa folgendes aus:

Die Unzufriedenheit der Versicherten gegen die Krankenkassen ist bei den hohen Beiträgen sehr wohl verständlich. Schuld daran sind die Verhältnisse der Krankenkassen. Aber auch die Ärzte sind unzufrieden. Sie glauben für ihre Leistungen nicht die Gegenleistung zu erhalten, die sie beanspruchen könnten. Weite Kreise der Bevölkerung, die teils direkt, teils indirekt an der Krankenversicherung interessiert sind, sind der Meinung, die Krankenkassen seien überlebte soziale Einrichtungen, gingen an ihrem Fiskalismus zugrunde und könnten höchstens durch ein größeres Selbstverwaltungsrecht wieder aufgebaut werden. Der jetzt oft gehörte Ruf nach Befreiung der Krankenversicherung muß von den Versicherten selbst ohne Diskussion abgelehnt werden. Dringender notwendig als jetzt sind nie die Krankenkassen gemessen; von ihnen hängt nicht nur die Volksgesundheit überhaupt, sondern auch die der meisten Ärzte und Apotheker ab. Allerdings werden die Beiträge unmöglich in der augenblicklichen Höhe beibehalten werden können. Aber bei den abnormen Wirtschaftszuständen kann man die Bilanzen der Krankenkassen nur als ungelegt und bezeichnend. 38 Proz. der Einnahmen gehen für Arztgehälter, 23 Proz. für Apothekerforderungen, 20 Proz. für Verwaltungskosten und nur der Rest ist für die Krankenausbildung und das Krankengeld verfügbar. Der Vorwurf, die Verwaltungskosten seien zu hoch, hält keiner objektiven Kritik stand. Mindestens können sich die Krankenkassen in diesem Punkte mit der „Wirtschaftlichen Abteilung“ des Reiches messen, die für ihre sehr beschränkte und einfache Tätigkeit zum 22 Proz. der Einnahmen beansprucht. Der Redner besprach weiter die von der Regierung und dem Reichspräsidenten erlassenen Sparverordnungen, die allen an der Versicherung Beteiligten Sparmaßnahmen vorschreiben. Die Kassen sollen Personal abbauen, Arzt- und Apothekerleistungen auf das Notwendigste beschränken und die Beiträge der Mitglieder erhöhen werden. Die Ärzte haben diese Bestimmungen zum Anlaß ihres Bonifitstreikes gemacht. Dr. Brühl erwähnte die Logik beim Vorgehen der Ärzte, denn ihr Kampf müßte sich eigentlich gegen die Regierung und nicht gegen die Krankenkassen richten. Im gegenwärtigen Konflikt steht die Entscheidung bei der Lohnarbeiterschaft, die bestimmen muß, welches Arztstimm sie wünscht. Der Arzt, der sich dieser Entscheidung nicht fügen will, mag sich auf die Privatpraxis beschränken.

In der Diskussion sprach u. a. Genosse Dr. Stutz vom Verein sozialistischer Ärzte. Er fordert die Verschmelzung der Erwerbslosenfürsorge mit der Krankenversicherung, dergestalt, daß die erwerbslosen Kranken Erwerbslosenunterstützung erhalten könnten und den Krankenkassen die Heilfürsorge verbliebe. Der Redner verlangt weiter Zentralisation der Krankenkassen zur Kostenminderung und erklärt, die sozialistischen Ärzte sehen die Hauptstreitpunkte als beseitigt an. Sie wünschen die baldige Beilegung des augenblicklichen Aufstandes.

Einstimmig wurde eine Entschliebung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Da es nicht möglich ist, daß die Versicherten in den Krankenkassen die Erwerbslosenunterstützung für die Ärzte ausbezogen, müssen die Ärzte sich ein anderes Objekt für die Werbung ihrer Interessen aussuchen. Die Verschmelzung der Krankenkassen in der Verordnung der Reichsregierung um so mehr, als man den Zusammenschluß der Ärzte mit dem Reichsbund der Arbeiter nicht ohne die Härte, die darin besteht, daß der Kranke einen großen Teil zu den Arzneikosten beitragen muß. Um jedoch auch hier ein gesundes Verhältnis wiederherstellen zu können, erachtet die Versammlung auch diese Maßnahme an. Die Belastung der Krankenkassen durch die Einziehung der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung ist so unerschwinglich, daß hier eine Änderung in dem Sinne Pakt greifen muß, daß nicht 20 Proz. vom Beitrag, sondern 1 Proz. vom Grundlohn für die Beiträge der Erwerbslosenversicherung genommen werden muß. Viele Versicherte glauben, in der jetzigen Zeit große Ersparnisse dadurch machen zu können, daß sie in sogenannte Ersparnisse eintreten. Daß dies ein Trugschluß ist, dürfte die nächste Zeit beweisen. Die Stärkung der Allgemeinen Berliner Krankenkassen ist und bleibt die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung der Krankenversicherung überhaupt. Die Zentralisierung der gesamten Sozialversicherung insbesondere im Krankenkassenwesen ist unbedingt erforderlich. Die Versammlung erwartet von allen Faktoren, die die Krankenversicherung betreffen, auch das notwendige soziale Verständnis.“

Zehn Todesopfer der Tiefe. Der bereits gemeldete Grubenbrand auf den Teibrid-Schächten in Deutsch-Oberschlesien hat noch fünf Opfer gefordert. Die bisher vermissten fünf Arbeiter sind als Leichen geborgen worden.

Vorläufige Telegramm- und Postsperrung nach Oesterreich. Wegen der durch den Zustand der Post- und Telegraphenanstalten in Oesterreich hervorgerufenen Betriebsunterbrechung werden vorläufig Telegramme nach Oesterreich und Pakete nach Oesterreich und darüber hinaus von den Postanstalten zur Beförderung nicht angenommen. Briefsendungen werden angenommen, doch ist ihre Weiterbeförderung zweifelhaft.

Die Abnahme der Bevölkerungsziffer Tokios. Die Bevölkerungsziffer der Hauptstadt Japans, Tokio, beträgt jetzt 1 500 000 und hat dabei um 60 Proz. seit dem Erdbeben abgenommen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Wkt. Vorwärts. Der Mittelungszustand hebt nicht, wie am Dienstag früh (vermutlich) angegeben, am Mittwoch, den 12. Dez., laut „u. a. am Donnerstag, den 13. Dez., abends 7 Uhr, im unteren Saal bei Schmitt, Friedrichstraße 36, statt. Die Weltanschauungen müssen abgehandelt werden.

13. Wkt. Vorwärts. 11. Kreis. Reußlän. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Wilmersdorf. Vortrag des Genossen Erwin Barth: „Die Aufgaben der Jungsozialisten in Stadt und Bezirk.“ Eröffnen aller Jungsozialisten in Pflanz. Bitte mitkommen.

14. Kreis Kreuzberg. Kreisfunktionsärzte-Konferenz Mitte nächster Woche. Tag und Ort wird noch bekanntgegeben.

15. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 13. Dez., abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Central-Oberrealschule. Schluß der 13. (am 12.) Große öffentliche Protestkundgebung gegen den Schulabbau. — Referent Genosse Dr. Krammer.

16. Kreis Reußlän. Partien für arbeitende Genossen zu den „Proletarischen Freitagen“ am 16. Dez. können die Abteilungsleiter nach im Bureau, Redakteur 3, abholen lassen. Auch Arbeitlose gegen Regimantation ebenfalls.

17. Wkt. Vorwärts (heute), abends 7 Uhr: Gemeindefunktionäre Jahrelang bei Rede, Friedrichstr. 36.

18. Wkt. Schwanenhorst. Mittwoch, 8 Uhr, Jahrelang, in der Gemeindefunktionäre, Friedrichstraße 36.

19. Wkt. Vorwärts. Der Jahrelang der Parteitag 27. 28. 29. findet nicht am Mittwoch, sondern Sonntag, den 16. Dezember, in der Schule Eichestr. statt.

20. Wkt. Reußlän-Df. Heute abend 7 Uhr im Jugendheim Gerbod, Reußlänstraße 4, Generalkonferenz.

